

## Haushaltskonsolidierung 2011-2013

### I. Ausgangslage

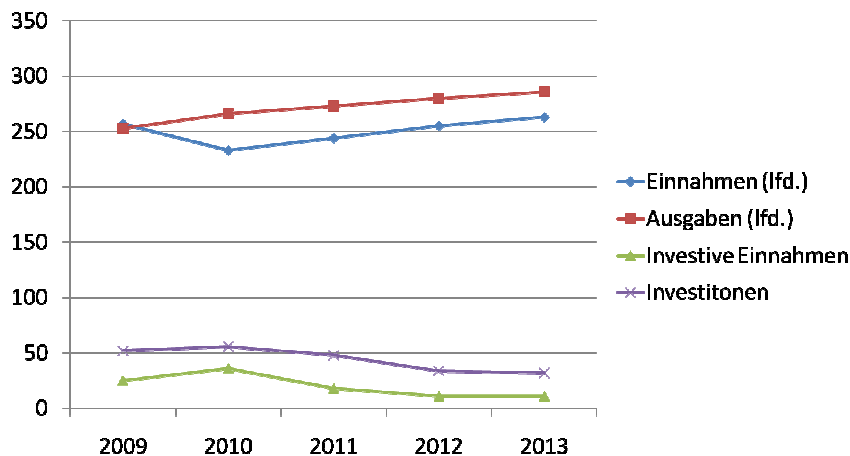
Auch in Erlangen ist die Haushaltskrise der Städte und Gemeinden angekommen. Nach der derzeitigen mittelfristigen Finanzplanung werden die Rücklagen der Stadt am Ende des Jahres 2010 nahezu völlig aufgebraucht sein. Zur Deckung der Haushaltslücken müssten im Jahr 2010 ca. 25 Millionen Euro und in den Jahren 2011 bis 2013 jeweils ca. 50 Millionen Euro per Kredit (Neuverschuldung) bereitgestellt werden. Dies würde den Schuldenstand im Vergleich zum Jahr 2009 mehr als verdoppeln. Bereits heute ist absehbar, dass eine Neuverschuldung in dieser Höhe - selbst, wenn es dafür Mehrheiten im Stadtrat gäbe - von der Regierung von Mittelfranken nicht genehmigt werden würde.

**Datum**  
16.06.2010

**AnsprechpartnerIn**  
Dr. Florian Janik

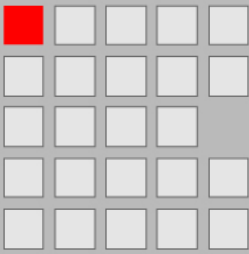
**Durchwahl**  
09131 59099

**Seite**  
1 von 8



### II. Ursachen der Krise

- Es gibt Faktoren, die hier vor Ort nicht zu beeinflussen sind. Schon vor der Wirtschafts- und Finanzkrise litten die Städte unter einer zu geringen Ausstattung mit Finanzmitteln - und das seit vielen Jahren. Die letzten guten Jahre haben daran nichts geändert.



Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

Die Krise hat die fundamentalen Schwächen der kommunalen Finanzausstattung wieder einmal aufgezeigt. Wegbrechende Gewerbesteuer und Einkommenssteuer, steigende Bezirksamlage (trotz der Versuche, insbesondere der SPD-Fraktion im Bezirkstag, dies zu verhindern) und sinkende Schlüsselzuweisungen belasten den Erlanger Haushalt mit mehr als 30 Millionen Euro jährlich. Hinzu kommen die Millionenbelastungen durch die sinnlosen und sozial ungerechten Steuergeschenke der schwarz-gelben Bundesregierung im Rahmen des sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes. Fatal für die Kommunalfinanzen war auch die Haushaltspolitik der CSU-geführten bayerischen Staatsregierung, die beabsichtigte, den Landeshaushalt auf dem Rücken der Kommunen zu sanieren. Für diese Entwicklung können CSU und FDP in Erlangen nicht direkt, politisch aber sehr wohl indirekt verantwortlich gemacht werden, weil es eben ihre ParteifreundInnen in Berlin und in München sind, die entsprechende Beschlüsse zu Lasten der Kommunen fassen.

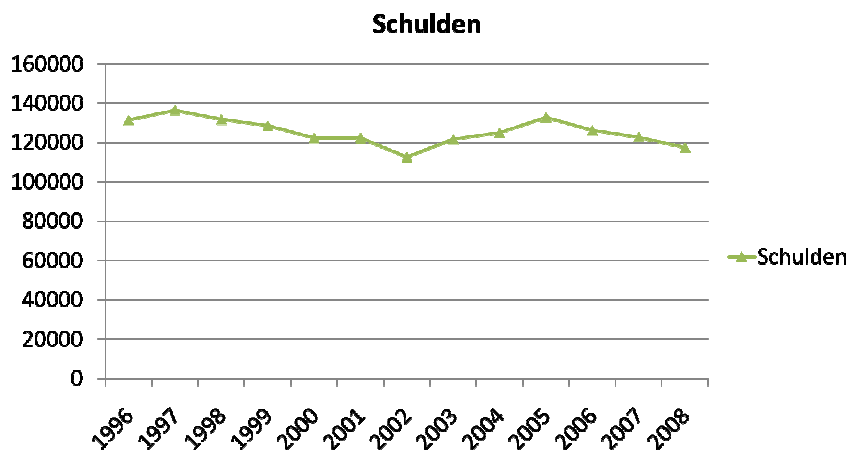
- Die Ursachen liegen aber auch in einer falschen Haushalts- und Finanzpolitik vor Ort hier bei uns in Erlangen, die CSU, FDP und der Oberbürgermeister zu verantworten haben. Seit 1996 wurde behauptet, dass die von CSU und FDP praktizierte kommunale Finanzpolitik - ungeachtet der eben geschilderten Probleme - das Erfolgsrezept zum Schuldenabbau ist. Und tatsächlich ist es in den vergangenen 14 Jahren gelungen, die Schulden erst ein bisschen zu senken, um sie dann aber wieder auf das Ausgangsniveau ansteigen zu lassen.

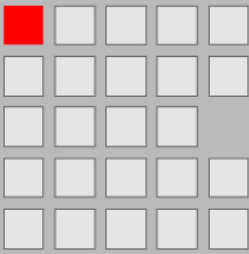
**Datum**  
**16.06.2010**

**AnsprechpartnerIn**  
**Dr. Florian Janik**

**Durchwahl**  
**09131 59099**

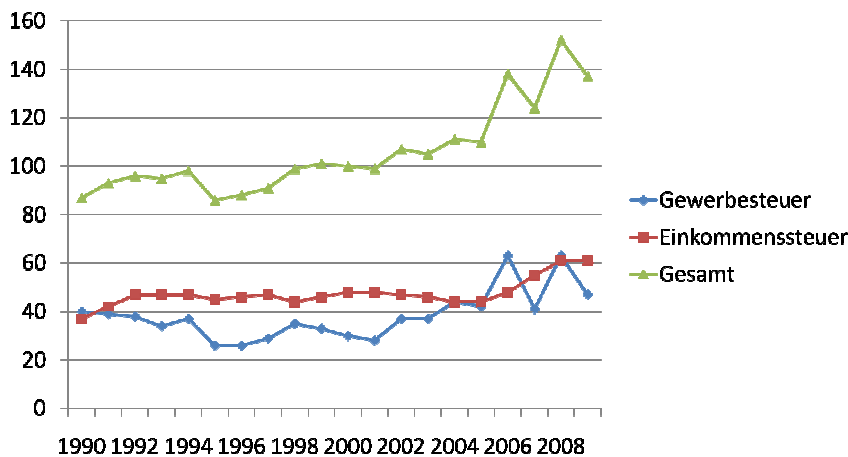
**Seite**  
**2 von 8**





Aber unter welchen Umständen ist dies geschehen?

1. Bei den Steuereinnahmen verzeichneten wir mehrere Rekorderinnahmejahre. Heftige Einbrüche gab es seit 1996 nicht.



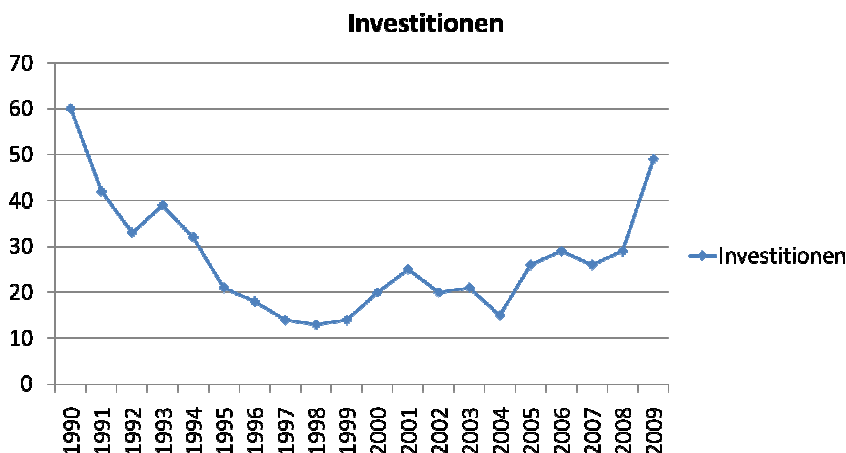
**Datum**  
16.06.2010

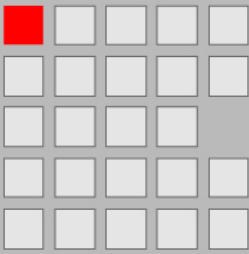
2. Die Stadt konnte über mehr als 60 Millionen Euro zusätzlicher Einnahmen aus dem Röthelheimpark verfügen. Und
3. hat man den beabsichtigten, dann aber doch kaum realisierten Schuldenabbau mit einem sehr hohen Preis bezahlt, nämlich mit Investitionsverzicht.  
Die unverantwortliche Folge war, dass wir heute hier in Erlangen einen riesigen Investitionsstau haben. Nie zuvor war die Investitionsquote so gering wie in den letzten Jahren. Und das Ergebnis dieser verfehlten Politik sieht man dieser Stadt an vielen Stellen an.

**AnsprechpartnerIn**  
Dr. Florian Janik

**Durchwahl**  
09131 59099

**Seite**  
3 von 8





Und nun steht unsere Kommune im ersten Jahr, in dem die Wirtschaftskrise den Haushalt der Stadt Erlangen erreicht, vor den Folgen dieser falschen Politik. Viele Investitionen sind nicht mehr länger aufschiebbar. Schulen, Bäder, Frankenhof, ERBA-Villa – um nur einige Beispiele zu nennen – alles ist so heruntergewirtschaftet, dass die Investitionen jetzt einfach getätigt werden müssen. Die einzige Alternative ist die Schließung der Einrichtungen. Und diese Situation kombiniert mit den finanziellen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise lässt in nur einem Jahr die angeblich so segensreichen 14 Jahre schwarz-gelber Haushaltspolitik in sich zusammenfallen.

### III. Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

Auf Grund der geschilderten Ausgangslage sind Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung in den nächsten Jahren unerlässlich. Die vom Oberbürgermeister vorgelegte Initiative wird den haushaltspolitischen Notwendigkeiten in keiner Weise gerecht. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind weder konkret noch werden sie ausreichen, um der Schieflage des Haushalts zu begegnen.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass diese Konsolidierung anhand folgender Kriterien verläuft:

- Die Wirtschaftskrise ist noch nicht überwunden. Deswegen und wegen der drohenden Schließung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in dieser Stadt dürfen die Investitionen nicht wieder auf ein Niveau wie Ende der neunziger Jahre fallen.
- Die Kürzungen dürfen nicht mit dem Rasenmäher erfolgen, sondern es ist darauf zu achten, dass gerade sozial Schwächere nicht oder zumindest in deutlich geringerem Umfang betroffen sind.
- Es ist unser Ziel, dass trotz Kürzungen in Erlangen keine bestehenden Strukturen (z.B. im Ehrenamt, in den Vereinen und Verbänden) zerschlagen werden.
- Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge (ESTW, GeWoBau, etc.) sind der falsche Weg und werden von uns abgelehnt.

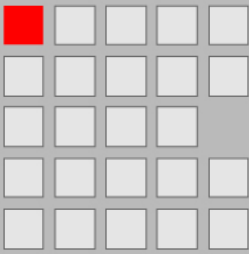
Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

**Datum**  
**16.06.2010**

**AnsprechpartnerIn**  
**Dr. Florian Janik**

**Durchwahl**  
**09131 59099**

**Seite**  
**4 von 8**



Unser Ziel ist es, das Defizit in den Jahren 2011-2013 jeweils zu halbieren. Dies entspricht einer Neuverschuldung von 20-25 Millionen pro Jahr.

Um das zu erreichen, schlagen wir die folgenden Maßnahmen vor. Diese sind von den Fachämtern und der Kämmerei entsprechend aufzubereiten und dem Stadtrat vorzulegen.

#### 1. Personalhaushalt

- Grundsätzlich werden alle Stellen erst nach einer Frist von 6 Monaten wiederbesetzt. Über Ausnahmen entscheidet die Haushalts- und Finanzkommission bzw. der Stadtrat. Grundsätzlich ausgenommen sind Stellen in Kindertagesstätten und Schulen (Lehrkräfte), vollständig von Dritten finanzierte Stellen und Stellen, die unmittelbar mit der Sicherung des Lebensunterhalts Dritter befasst sind (SGB II, SGB XII, etc.).
- Beim Ausscheiden von MitarbeiterInnen werden KW-Vermerke schnellstmöglich umgesetzt. Dafür sind unter Umständen Umorganisationen innerhalb der Ämter nötig.
- keine Stellenneuschaffungen mit Ausnahme der benötigten Stellen für die Kindertagesstätten und solcher Stellen, die sich für die Stadt rechnen, da z.B. eine externe Vergabe nachweislich teurer wäre.

#### 2. Investitionen

Für die SPD haben grundsätzlich alle Investitionen Vorrang, die dem Ausbau der Kinderbetreuung dienen. Das Ausbauprogramm für Kindertagesstätten soll daher wie vom Stadtrat beschlossen umgesetzt werden. Das Schulsanierungsprogramm ist so zu modifizieren, dass Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau von Ganztagsangeboten an Schulen Priorität genießen.

Bis 2013 wollen wir außerdem die Sanierung der ERBA-Villa und die Umlaufleitung für den Dechsendorfer Weiher realisieren.

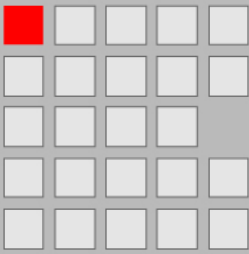
Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

**Datum**  
**16.06.2010**

**AnsprechpartnerIn**  
**Dr. Florian Janik**

**Durchwahl**  
**09131 59099**

**Seite**  
**5 von 8**



Für den Erhalt folgender Einrichtungen setzt die SPD auf alternative Finanzierungsformen:

- Freibad West: Die Einsparungen im städtischen Haushalt durch die Aufnahme der Bäder in den steuerlichen Querverbund mit den ESTW sind nur zum Teil zu realisieren. Die restlichen Mittel sollen in die Sanierung des Freibades fließen. Die ESTW können so die notwendigen Investitionen vorfinanzieren, die Stadt bezahlt diese über mehrere Jahre ab. Mit den ESTW sind die Verhandlungen über ein entsprechendes Finanzierungsmodell aufzunehmen.
- Freizeitzentrum Frankenhof: Die Sanierung und Weiterentwicklung zum Haus für Bildung soll auf dem Weg einer Stiftung erfolgen. Dabei ist sicherzustellen, dass der Aufwand für Betrieb und Finanzierungskosten nicht über den heutigen Kosten für den Betrieb liegen.
- Helmstraße: Ein Erbpachtmodell soll realisiert werden, bei dem zumindest das Erdgeschoss für eine öffentliche Nutzung zur Verfügung stehen soll.

Die SPD lehnt es ab, im Zeitraum bis 2013 größere Straßenbaumaßnahmen zu beginnen.

In diesem Zusammenhang setzt sich die SPD dafür ein, den Ringschluss des Adenauerrings vorerst auszusetzen und nur noch die begonnenen Maßnahmen zu einem sinnvollen Ende zu bringen.

Für die Sanierung der Lades-Halle sieht die SPD-Fraktion bis 2013 keinen finanziellen Spielraum. Daher sind ausschließlich Maßnahmen durchzuführen, die für die Aufrechterhaltung des Betriebs zwingend erforderlich sind. Alternativ ist ein Verkauf (mit genau definierten öffentlichen Nutzungsrechten) der Halle zu prüfen.

### 3. Standardreduzierung

Auf Grund der schlechten Erfahrungen mit der Qualität des KGST-Gutachtens lehnt die SPD eine weitere Beauftragung eines externen Gutachters für den Bereich der Pflichtleistungen ab. Wir schlagen vor, die im Rathaus vorhandene Kompetenz zu nutzen, und wollen diese Aufgabe den Ämtern im Dialog mit der Verwaltungsspitze und dem Stadtrat übertragen. Eine Arbeitsgruppe in der Verwaltung soll

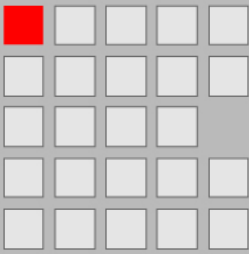
Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

**Datum**  
**16.06.2010**

**AnsprechpartnerIn**  
**Dr. Florian Janik**

**Durchwahl**  
**09131 59099**

**Seite**  
**6 von 8**



die Maßnahmen koordinieren. Vorstellbar sind für uns z.B. Einschränkung der Erreichbarkeit der Verwaltung, Verlängerung der Bearbeitungsdauer bei bestimmten Dienstleistungen, Einschränkung der Öffnungszeiten, Einschränkung der Servicequalität. Es sollen aber all jene Leistungen ausgenommen werden, die Menschen durch eine Verzögerungen in der Sicherung ihres Lebensunterhalts einschränken (Sozialhilfe, ALG II, etc.) bzw. bei denen schwerwiegende persönliche Folgen drohen (z.B. Jugendhilfe).

Die Behandlung der offenen KGST-Vorschläge ist sinnvoll, auch wenn hier keine größeren Einsparungen zu erwarten sind.

#### 4. Ämterbudgets

Die Ämterbudgets der vergangenen Jahre sollen analysiert werden. In Ämter mit dauerhaften Überschüssen bzw. hohen Budgetrücklagen sind die Budgets zu kürzen, d.h. die Einnahme- und Ausgabenansätze entsprechend der Erfahrungen der vergangenen Jahre anzupassen.

Darüber hinaus hat jedes Amt in den Jahren 2011-2013 jeweils einen Konsolidierungsbeitrag von jeweils 1 Prozent zu erbringen. Ausgenommen hiervon sind das Sozial- und das Jugendamt. Die Budgetüberschüsse verbleiben in den Jahren 2010/11-2013 nur zu 20 Prozent bei den Ämtern. 80 Prozent fließen in den städtischen Gesamthaushalt.

#### 5. Einnahmesteigerungen

Ohne zusätzliche Einnahmen werden die Haushalte 2011-2013 nicht zu bewältigen sein. Die SPD hält daher eine Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer ebenso für notwendig wie die Einführung der Zweitwohnungssteuer. Ferner soll die Stadt die Idee der Kulturtaxe umsetzen und die Spielautomatensteuer einführen.

Bei allen Beiträgen und Gebühren ist – soweit rechtlich möglich – eine Erhöhung mindestens im Rahmen der Inflation vorzunehmen. Die Verwaltung soll vorlegen, ob dies jährlich oder – aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung – in größeren Zeitabschnitten erfolgen soll. Voraussetzung für eine Erhöhung ist allerdings die Einführung des „Erlangen Passes“, mit dem sichergestellt wird, dass Menschen mit niedrigerem Einkommen nicht oder zumindest geringer davon betroffen sind.

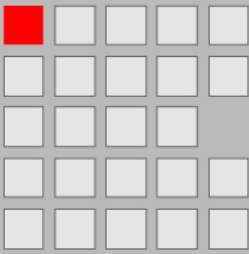
Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

**Datum**  
**16.06.2010**

**AnsprechpartnerIn**  
**Dr. Florian Janik**

**Durchwahl**  
**09131 59099**

**Seite**  
**7 von 8**



## 6. Bezirksumlage

Die Stadt nutzt alle ihre politischen Einflussmöglichkeiten, um einen weiteren Anstieg der Bezirksumlage zu verhindern bzw. den weiteren Anstieg auf das Niveau zu begrenzen, das den städtischen Sozialausgaben vor der Verlagerung der ambulanten Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung von den Kommunen auf die Bezirke entspricht.

Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist die Erhöhung der Finanzausgleichsmittel des Freistaates an die Bezirke. Diese bleiben im Volumen seit Jahren gleich. Durch die Auswirkungen der Finanzkrise sinkt aktuell die Umlagekraft der Kommunen. Gleichzeitig steigen die überörtlichen Sozialausgaben bei den Bezirken für die Hilfe zur Pflege von alten Menschen in stationären Einrichtungen und für Eingliederungs- und Mobilitätshilfen für Menschen mit Behinderungen. Diese Faktoren zusammen führen im Bezirk Mittelfranken von 2011 bis 2013 zu einem Haushaltsdefizit in Höhe von 263 Millionen Euro. Theoretisch müsste zum Ausgleich die Umlage um 4,6 Prozentpunkte angehoben werden. Es kann nicht sein, dass der Freistaat Bayern - im kommunalen Finanzausgleich bundesweit ohnehin Schlusslicht - die Bezirke dazu missbraucht, den Kommunen weiter die Hauptlast für den demografischen Wandel, d.h. die Gewährleistung der sozialen Sicherheit alter und behinderter Menschen aufzubürden.

Der Bezirk selbst ist aufgefordert, alle Maßnahmen, die über die Pflichtleistungen hinausgehen, auf den Prüfstand zu stellen, keine neuen Projekte zu beginnen und Investitionsmaßnahmen soweit möglich und vertretbar zu verschieben.

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

**Datum**  
**16.06.2010**

**AnsprechpartnerIn**  
**Dr. Florian Janik**

**Durchwahl**  
**09131 59099**

**Seite**  
**8 von 8**